

Akademikerschwemme? Fachkräftemangel? Bildungspolitische Herausforderungen in der Diskussion

Über eine gemeinsame Tagung des Bundes Freiheit der Wissenschaft mit der Hanns-Seidel-Stiftung, dem Deutschen Lehrerverband und der Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Lehrkräfte am 8. Juli 2015 in München

Von Till Kinzel

Die bildungspolitische Diskussion in Deutschland leidet darunter, daß sie immer noch stark von ideologischen Annahmen geprägt ist. Wunschvorstellungen vom „gemeinsamen Lernen“ aller, eine tief verwurzelte Abneigung gegen Wissenserwerb und Übung, eine medial verstärkte OECD-Propaganda, es gebe in Deutschland zu wenige Hochschulabschlüsse, der didaktische Triumph der Präsentationstechniken, die Verwässerung des Abiturs und die Noteninflation in manchen Bereichen der Universität – dies sind nur einige Schlagworte, die die aktuelle Lage kennzeichnen.

Die Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung thematisierte nun unter dem Titel „Akademikerschwemme versus Fachkräftemangel“ eines der grundlegenden Probleme in der heutigen Bildungspolitik. Wie kann darauf reagiert werden, daß es in vielen Regionen Fachkräftemangel gibt, etwa in technischen und Dienstleistungsberufen und in der Pflege? Heute schon gibt es mehr Studienanfänger als Ausbildungsanfänger.

Denn es gibt es einen fast durchgehenden Konsens unter Bildungspolitikern unterschiedlicher Parteien, es müsse die Zahl der Abiturienten und in der Folge auch der Studierenden an den Hochschulen immer weiter gesteigert werden. Ob dies jedoch sinnvoll ist, muß gefragt werden. Man kann nämlich sogar die gut begründete Auffassung vertreten, daß durch eine übertriebene Akademisierung eine nachhaltige Schädigung der Wirtschaft verbunden sein kann. Wer Antworten suchte, fand sie auf der Münchner Tagung in ganz unterschiedlichen, teilweise aber auch wieder sehr ähnlichen Beiträgen.

Der wortgewaltige und spitzzüngige Josef Kraus, Präsident des Deutschen Lehrerverbands, skizzierte in seinem einleitenden Beitrag die Probleme unserer hysterisch-hypochondrisch angesäuselten Bildungsrepublik, in der man von einer bildungspolitischen Fallgrube in die nächste stolpere. Während die einen ständig nach einem endlich gerechten Schulsystem riefen, zielten die anderen auf modische

Parameter wie Effizienz, Employability etc. und eine Erhöhung der Akademikerquote auf 120 %, wie Kraus satirisch bemerkte. Die Egalitätsfalle, die Machbarkeitsfalle, die Spaßfalle, die Quotenfall und die Beschleunigungsfalle seien die fünf Verirrungen, die sich in 16 unterschiedlichen Varianten in der Bundesrepublik fänden. Weil aber in der bildungspolitischen Diskussion Fakten störten, gehe es ihm darum, mit Fakten gegen Ideologie anzutreten. Falsch sei es etwa, daß Deutschland eine zu niedrige Abiturquote habe. Es sei fatal, daß junge Leute, die andere Schulen als Gymnasien besuchten, in den Medien nicht vorkämen. Die besten Wirtschaftsdaten in Europa hätten jene Staaten, in denen die niedrigste Abiturientenrate zu verzeichnen ist. In anderen Ländern gebe es dagegen eine teilweise erschreckend hohe Jugendarbeitslosigkeit. Wenn aber alle Abitur hätten, habe es keiner mehr – der Preis dafür ist die Noteninflation, und daher ist es schon bedenklich, wenn etwa in NRW die Zahl der Abiture mit 1,0 sich in vier Jahren verdoppelt habe, mit ähnlich bedenklichen Steigerungsraten etwa in Berlin. Auch der Anteil der Noten 1 und 2 an den Hochschulabschlüssen sei heute viel zu hoch. Die Wachstumsbremse der Zukunft werde die Überakademisierung sein.

Weiter kritisierte Kraus, die Bildungsdebatte müsse vom Kopf auf die Füße gestellt werden; auch wenn Kraus ein entschiedener Kritiker einer Ökonomisierung von Bildung ist, berücksichtigt er sinnvollerweise auch den Kostenfaktor und ökonomische Erwägungen, weil durch diese auch eine nötige Bodenhaftung eingezogen wird.

Die Rolle von Bayerns Schulen für Ausbildung und Studium stellte der Vertreter des Bildungsministeriums, Herbert Püls, vor, nach dessen Auffassung die OECD das deutsche wie das bayerische Schulsystem nicht verstanden habe, was aber auch nicht verwunderlich sei, da es schwer darzustellen ist. Der Erfolg stecke in der Differenziertheit; so müsse man auch in anderer Hinsicht differenzieren: Die Arbeitslosigkeit bei Akademikern ist höchst unterschiedlich ausgeprägt. Daher dürfe man nicht pauschal von einer Akademikerschwemme sprechen, sondern nur in bestimmten berufs- und fachbezogenen Feldern. Auch sei ein durchschnittlich höherer Bildungsgrad in vielen Bereichen nötig, in denen etwa hochentwickelte elektronische Geräte zum Einsatz kommen. Bayern halte dabei an seiner dualen Bildungsstruktur fest, die zwei Säulen habe: berufliche und gymnasiale Bildung. Wichtig war die Bemerkung, daß Kinder nicht als Bildungsversager bezeichnet werden dürften, die den Übertritt zum Gymnasium nicht schafften.

Der emeritierte Psychologieprofessor Rainer Dollase aus Bielefeld präsentierte einen höchst lebendigen und anregenden Vortrag, in dem er ausgehend von autobiographischen Einblicken den Versuch unternahm, die politisch-sozialen Prozesse im Bildungsbereich genauer in den Blick zu nehmen. Er erreichte damit ein hohes Niveau der Selbstreflexion, weil er auch seine eigenen Qualifikations-„Defizite“ als Professor einbezog, d.h. jene Tätigkeiten, die er selbst nicht gut oder gar nicht vollführen könne, „obwohl“ er Professor sei. Der Sinn dieser Betrachtung war es, die Lächerlichkeit einer Vorstellung von Bildung auszustellen, die auf Inklusivität von Abschlüssen beruht. Es gebe parallele Bildungswege, die als gleichwertig anzusehen seien. Wie könne man es erreichen, fragte Dollase, daß wir alle Facharbeiter schätzen? Der soziale Dünkel, der gegen Haupt- oder Realschulabschlüsse gerichtet sei, sei schlicht skandalös. Übrigens unterstrich auch Dollase, sicher durch die bitteren Erfahrungen in NRW gestützt, daß Gesamtschulsysteme „nicht immer Vorteile“ haben. Denn was macht man mit der sogenannten „Restgruppe“ der Schüler, wie es im NRW-Jargon an den Gesamtschulen heiße? Die Ideologie des „gemeinsamen Lernens“ resultiere aus dem Glauben an die Machbarkeit und an die Förderillusion. Man solle aber übrigens nicht so sehr von Begabung reden als vielmehr von Habitus und Eignung: Für die Kinder sei es förderlich, wenn man viel redet und ihnen viel freies Spiel ermögliche. Kritisch sei zudem, daß in den heutigen Schulen Labern über Wissen gehe.

Robert Helmrich vom Bundesinstitut für Berufsbildung zeichnete ein genaues Bild der Prognosen und Megatrends, die sich für Bildungsverhalten und Beschäftigungsarten ergeben könnten. Dabei werden demographische Projektionen ebenso berücksichtigt wie andere Parameter, die sich aus der Fortschreibung des Ist-Zustands ergeben, darunter auch Erkenntnisse über das Ausmaß, in dem Menschen überhaupt in dem Beruf arbeiten, für den sie ausgebildet wurden. Bedarf und Angebot können zwar nicht präzise vorausgesagt werden. Aber für manche Bereiche ist erkennbar, daß bereits ab 2020 in manchen Berufen die Zahl der Personen nicht mehr ausreichen wird.

Einen eindrucksvollen Vortrag bot schließlich der Philosoph Julian Nida-Rümelin, der über Perspektiven akademischer und beruflicher Bildung sprach. Hinter dem schlichten Titel seines Vortrags verbarg sich ein tief eindringendes Plädoyer. Er hat bereits zum Thema einer neuen deutschen Bildungskatastrophe geschrieben und versteht seine Intervention als Reaktion auf die Bildungsideologie unserer Zeit, die,

wie er richtig sieht, quer durch alle Parteien Fuß gefaßt hat. Zu dieser Bildungsideologie gehörten Forderungen, Gerechtigkeit durch Abbau der Leistungsanforderungen zu erreichen, oder fachliche Anforderungen durch sogenannte Kompetenzen zu ersetzen. Nida-Rümelin diagnostizierte schonungslos, daß das deutsche Bildungssystem viele Schwächen habe, und zwar auch in der Spitze. Denn es gebe heute keine einzige deutsche Universität, die international an der Spitze mitspielen könne. Nida-Rümelin verwahrte sich gegen eine Ideologie der Berufung auf den Markt, die darin besteht, bestimmte Fehlentwicklungen als bloßen Ausdruck des Marktes zu rechtfertigen, obwohl es eminent politische Entscheidungen waren, die diese Entwicklungen initiiert hatten. Die Bildungsideologie habe uns auf den falschen Weg gebracht, wozu auch gehört, daß etwa an Gymnasien ein sehr einseitiges Bildungsverständnis herrsche, in dem die Bedeutung des Kognitiven einseitig bevorzugt werde. Es sei bezeichnend, so Nida-Rümelin, daß es seit Jahrzehnten keine *inhaltlichen* Bildungsdebatten in Deutschland gegeben habe. Er sprach sich zudem deutlich gegen Leistungsabsenkungen aus. Auch Nida-Rümelin zeigte, daß eine höhere Akademikerquote mitnichten zu einem höheren BIP führe. Entscheidend ist auch folgender Umstand: Die angebliche Note von 3+, die die OECD dem deutschen Bildungssystem verpaßt habe, beruhe auf keinerlei Kriterien, die von der OECD verwendet würden; es handelt sich also um eine bloße propagandistische Luftnummer ohne Wert. Nida-Rümelin betonte weiterhin, es sei im Ländervergleich eine der sozialen und politischen Stärken Deutschlands, daß hier die Mittelschichten nicht aus Akademikern bestehen. Bedarfsprognosen ergeben nicht, daß ein erhöhter Akademikerbedarf zu erwarten ist. Im Vordergrund der Podiumsdiskussion standen Berichte der Diskussionsteilnehmer aus den Erfahrungen ihrer Aufgabenbereiche. Unter der Moderation des WirtschaftsWoche-Journalisten Ferdinand Krauß diskutierten Hubert Schöffmann, bildungspolitischer Sprecher der BIHK, Britta Matthes vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Volker Born vom Zentralverband des Deutschen Handwerks. Letztlich sei es wichtig, die Wertschätzung der nichtakademischen Berufe zu fördern und früh an sämtlichen Bildungsstätten und Ausbildungsinstitutionen die Vielzahl der Berufe und deren Potenziale, auch in ökonomische Hinsicht, vorzustellen und die Ansätze, die in den allgemeinbildenden Schulen schon vorhanden seien, auszuweiten.

In einem Redebeitrag zu Beginn der allgemeinen Diskussion fasste Dr. Winfried

Holzappel, einer der Vorsitzenden des Bundes Freiheit der Wissenschaft, Mitveranstalter der Tagung, seine Erkenntnisse folgendermaßen zusammen: Es sei die Dringlichkeit des Themas ersichtlich geworden. Die Problematik von Prognosen sei erkenntlich geworden, demographische Voraussagen seien unsicher, zumal es nicht nur innere Entwicklungen der Gesellschaft zu analysieren gebe, sondern auch unwägbar internationale Herausforderungen auf Deutschland zukämen. Außerdem sei die Bewältigung und Umsteuerung eventueller Fehlentwicklungen gerade in einer freien Gesellschaft nicht leicht, da Steuerungsversuche ja nur Angebots- und keinen Zwangscharakter haben dürften. Aber gerade daher sei es wichtig, sich ehrlich zu machen im Durchgang durch die Bildungsgänge: Die Anforderungen zum Erwerb bestimmter Abschlüsse dürften nicht gesenkt, Anstrengungen nicht als Zumutungen aufgefasst werden. Wichtig seien institutionelle Differenzierungen im Schul- und Bildungswesen. So könne man Klarheit über die Fähigkeiten der Heranwachsenden erhalten und viele Wege zu solider Ausbildung bereithalten. Die Tagung habe gezeigt, dass die Alternativen zu akademischen Berufen durchaus attraktiv seien, anspruchsvoll und keinesfalls ökonomisch reizlos, eher sogar im Gegenteil. Die Gesellschaft solle sich dieser Werte, der Werte dieser Berufe, wieder bewusst werden. Aufklärung, wie sie beispielsweise diese Tagung geboten habe, sei notwendig, damit ein Prozess der gebotenen Wertschätzung auch der beruflichen Bildung, neu und stärker wieder einsetzen könnte.

Eine übertriebene Akademisierung, so lautet ein Fazit der Tagung, bringe nicht nur eine nachhaltige Schädigung der Wirtschaft mit sich, sondern geht auch über nicht-akademische Talente hinweg. Das aber sollte sich eine moderne, differenzierte Gesellschaft nicht gestatten, die ansonsten viel von individualisiertem Lernen redet, aber bildungspolitisch auf Nivellierung setzt. Ob Fachkräftemangel so behoben werden kann, daß pauschal Zuwanderung gefordert wird, dürfte ebenfalls strittig sein. Schließlich gehört es auch zu den Konsequenzen aus der Bestandsaufnahme, daß sich Deutschland in seinen bildungspolitischen Entscheidungen nicht daran orientieren sollte, was von seiten der OECD immer wieder an Sticheleien kommt. Als Bewertungsinstanz für den Erfolg des Bildungssystems ist die OECD entbehrlich. Es kommt vielmehr darauf an, die Attraktivität der nicht-akademischen Berufe zu erhöhen und zu vermitteln und die Gleichwertigkeit paralleler Bildungsgänge zu verdeutlichen, was allerdings in so manchen bildungspolitischen und sozialen Zusammenhängen zu einer „Umwertung der Werte“ führen müßte. Fazit:

Schulabsolventen sollten nicht gegeneinander ausgespielt werden, denn jeder Schulabschluß habe Chancen.